

## Erklärung von Jacques Santer vor dem Europäischen Parlament über die Erweiterung der EU (2. März 1995)

**Quelle:** Verhandlungen des Europäischen Parlaments. 02.03.1995, Nr. 4-458. Luxemburg: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_jacques\\_santer\\_vor\\_dem\\_europaischen\\_parlament\\_uber\\_die\\_erweiterung\\_der\\_eu\\_2\\_marz\\_1995-de-d68461e5-5155-4f55-bced-535d078ff5dd.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_jacques_santer_vor_dem_europaischen_parlament_uber_die_erweiterung_der_eu_2_marz_1995-de-d68461e5-5155-4f55-bced-535d078ff5dd.html)

**Publication date:** 11/12/2012

## Erklärung von Jacques Santer vor dem Europäischen Parlament über die Erweiterung der EU (2. März 1995)

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie bereits gesagt wurde, werden wir heute über die Perspektiven der künftigen Erweiterung der Union und insbesondere über ihre Ausweitung auf die Länder Mittel- und Osteuropas sprechen.

Hier geht es um eines der wichtigsten und erregendsten Themen, mit denen sich die Union in den nächsten Jahren auseinandersetzen hat. Nicht nur deshalb, weil die Wiedervereinigung Europas, die jahrzehntelang unser größter Wunsch war, heute in Reichweite gerückt ist, sondern auch weil diese Perspektive uns zu einer neuen Vision von Europa herausfordert und zu einer neuen Vorstellung von seinem Aufbau, der zur Sicherung seiner Stabilität, seiner Sicherheit und seines Wohlstandes notwendig ist.

Die „Gründerväter“ der Gemeinschaft, die nicht in leichteren Zeiten lebten, wurde von einer sehr ehrgeizigen Vision geleitet: Die Länder und die Völker sollten in einen ständigen Integrationsprozeß eingebunden werden, zwischen ihnen sollte eine vielfältige und konkrete Solidarität entstehen, es sollten festgefügte Institutionen begründet werden, die miteinander in ständigem Dialog stehen sollten. Dies ist ihnen weitgehend gelungen.

Heute nun werden wir von diesem anderen Europa, das jenseits des eisernen Vorhangs lebte, und von dem wir immer gesagt haben, daß es sich uns eines Tages anschließen müsse, aufgefordert, dieses Erbe an es weiterzugeben. Das ist eines der größten, wenn nicht sogar das größte Ereignis dieser Jahrhunderthälfte. Von unserer Antwort wird in gewisser Weise die Geschichte des kommenden Jahrhunderts abhängen. In diesem Sinne ist die Frage grundsätzlich politischer Natur, mehr noch als wirtschaftlicher und technischer Natur. Und wenn wir nicht achtgeben, kann es geschehen, daß wir in dieser Sache das Gleichgewicht, das wir untereinander nicht ohne Schwierigkeiten erreicht haben, in nicht wiedergutzumachender Weise aufs Spiel setzen. Wenn wir hingegen mit der erforderlichen Großzügigkeit und Genauigkeit zu Werke gehen, werden wir durch unsere Bemühungen diesem großen Europa ein ungeheures Tätigkeitsfeld von größtem Nutzen für alle Seiten eröffnen.

Die grundsätzliche Entscheidung ist gefallen: Wir werden die Länder Mittel- und Osteuropas in unsere Gemeinschaft aufnehmen. Europa ist ohne sie nicht denkbar. Unsere Trennung war künstlich herbeigeführt, und wir begrüßen mit großer Freude die Aussicht, daß wir künftig wiedervereinigt sein werden. Es geht um die sechs Länder, mit denen wir europäische Abkommen geschlossen haben; und auch um die Länder des Baltikums. Auf längere Sicht nähert sich uns auch Slowenien an. Es geht hier um eindeutig europäische Länder, die bereits ihren Platz in unserer Familie haben, und die eines Tages an unseren gemeinsamen Aktionen in ihrer Gesamtheit teilhaben werden. Natürlich seien auch die anderen Länder nicht vergessen, die den Beitritt zu unserer Union gleichfalls wünschen. Die soeben genannten haben jedoch einen besonderen Status, da sie auf brutale Weise von einem Europa abgeschnitten worden sind, zu dem sie auf Grund ihrer Kultur und ihrer Geschichte gehören, und weil es hier etwas zu heilen gilt, was ich als ein „Brandmal der Geschichte“ bezeichnen möchte.

Ich möchte hier gleich zu Beginn ein Mißverständnis ausräumen. Es ist gesagt worden, daß das Ganze nichts anderes sei als eine Flucht nach vorne, und daß sich unsere Union am Ende dieser Aufeinanderfolge von Erweiterungen, sinnlos geworden und den Ereignissen hinterherhinkend, in einem einförmigen Raum auflösen werde. Umgekehrt haben verschiedene recht angesehene Analytiker der Europäischen Union Ängstlichkeit vorgeworfen sowie die Unfähigkeit, Völker unverzüglich in die Gemeinschaft zu integrieren, die unzweifelhaft unsere Brüder sind. In diesem letzteren Falle ging es eindeutig darum, die in Maastricht beschlossene Gangart zu attackieren, als genüge es, unsere Strukturen zu schwächen und bei unserer Integration auf jeglichen Fortschritt zu verzichten, um auf dem Weg zur Verwirklichung dieses großen Europa voranzukommen.

Ich möchte es mit aller Klarheit sagen: Niemand, weder wir selbst, noch die beitragswilligen Länder, noch unsere wichtigsten Partner, niemand hat ein Interesse daran, daß unsere Union sich in ein formloses Gebilde verwandelt, wo gute Absichten an die Stelle der Politik treten, wo unsere Institutionen geschwächt sind und

unsere gemeinsamen Politiken sich in einer Art formloser Kooperation auflösen. Wir haben diese großen Anstrengungen, zu einer Weltmacht zu werden, nicht unternommen, um heute unseren nächsten Nachbarn vorzuschlagen, einer machtlosen und gleichsam rückgratlosen Zone beizutreten.

Deshalb haben wir immer gesagt, daß wir erst dann zu einer weiteren Erweiterung kommen können, wenn eine Reihe institutioneller Reformen durchgeführt sein wird.

Ich möchte hier nicht dem Bericht vorgreifen, den die Kommission zur Vorbereitung dieser Konferenz ausarbeiten wird, wie auch Sie einen Bericht zur Vorbereitung dieser Konferenz vorlegen werden. Ich möchte ihnen lediglich meinen heutigen Standpunkt in dieser Frage darlegen. Ich denke, daß wir zwei Arten von Verbesserungen anstreben müssen: konstitutionelle und institutionelle Verbesserungen.

Unter „konstitutionellen Verbesserungen“ verstehe ich alles, was mit einer besseren Verteilung der jeweiligen Aufgaben der Union, der Länder und der Regionen zu tun hat, also das Prinzip der Subsidiarität, ferner auch alles, was zu einer stärkeren Beteiligung der europäischen Bürger an den Tätigkeiten der Union führen kann, sei es auf dem Weg über dieses Parlament, über eine bessere Assoziierung des nationalen Parlaments oder über eine stärkere Beteiligung an den Entscheidungen der lokalen Behörden oder der Wirtschafts- und Sozialpartner.

Die institutionellen Reformen betreffen die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Organe einer erweiterten Union: wie kann die Wirksamkeit unserer Aktionen gewährleistet werden? Wie läßt sich die Entscheidungsfindung bei Kommission und Rat erleichtern? Wie können diese Entscheidungen transparent, gerecht und verantwortungsbewußt gestaltet werden? Wie kann die Funktionsweise des zweiten und dritten Pfeilers verbessert werden? Auf alle diese Fragen müssen Antworten gefunden werden, wenn wir entscheidungs- und handlungsfähig bleiben wollen in einer Union, die in einigen Jahren fünfundzwanzig oder dreißig Mitgliedsländer umfassen kann.

Parallel zu diesen sachlichen Fragen, die sich hinsichtlich jeder etwaigen Erweiterung stellen, gibt es im Hinblick auf die Länder Mittel- und Osteuropas noch eine Reihe besonderer Fragen, die mit ihrer Fähigkeit zum Übernehmen des „acquis communautaire“ zusammenhängen.

Wie Sie wissen, haben wir eine Reihe von Untersuchungen über die Situation dieser Länder angesichts unserer wichtigsten gemeinsamen Politiken eingeleitet. Das gilt zunächst für die Agrarpolitik. Es wird hin und wieder gesagt, daß die Funktionsweise der Agrarpolitik weitgehend verändert werden müsse, um eine Erweiterung Europas nach Osten zu ermöglichen. Ich denke, daß man die Dinge ernsthafter angehen muß, und eben das sind wir im Begriff zu tun. Vergessen wir nicht, daß es selbst unter uns schwierig ist, diese Agrarpolitik zu verwirklichen. Die Interessen unserer Mitgliedstaaten sind nicht immer die gleichen. Sobald man bei den Einzelheiten der Vorschläge angelangt ist, werden die nationalen Interessen wach. Wie wird es hier mit den Ländern Mittel- und Osteuropas gehen? Was werden die Erzeuger von Getreide, Kartoffeln, Beerenobst, Milchprodukten oder Wein von einer in Eile vorbereiteten Erweiterung halten? Was werden angesichts dieser Interessen die großen politischen Erklärungen bedeuten, so großzügig und liberal sie auch sein mögen? Und gilt es nicht auch in den Ländern des Ostens selbst Reformen durchzuführen? Muß die Marktorganisation nicht verbessert werden? Sollte die Preisbildung nicht untersucht werden? Bedarf es nicht eines eingehenden Nachdenkens über die Produktionsbedingungen? Hier ist es notwendig, auf den Kern des Themas einzugehen und die Dinge so klar wie möglich zu sehen.

Sie haben die verschiedenen Schätzungen und die wichtigsten Thesen zur Kenntnis genommen, die von einer Reihe unabhängiger Sachverständiger erstellt worden sind. Diese kommen zu sehr unterschiedlichen Schlußfolgerungen, aber das ist nicht erstaunlich, da es sich hier nur um Diskussionsbeiträge handelt. Sie sollen wissen, daß sich die Kommission mit der gesamten Problematik unablässig auseinandersetzt, um Ihnen und dem Rat eine möglichst zuverlässige Darstellung unterbreiten zu können.

Das gilt ebenso für die Regionalpolitik der Union und für alles, was den sogenannten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt betrifft. Beträchtliche Summen werden jedes Jahr auf diese Bemühungen um den Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten verwandt. Es gilt darüber nachzudenken, wie diese Politik im

gegebenen Moment erweitert werden kann, ohne daß deshalb der Haushalt der Gemeinschaft und die Beiträge der Mitgliedstaaten aus den Fugen geraten.

In der Zwischenzeit haben wir, wie Sie es wissen, mit allen diesen Ländern „europäische Abkommen“ geschlossen, die so weit gehen wie möglich, um zwischen uns eine maximale Zusammenarbeit insbesondere auf der Ebene des Handels, der Investitionen und der politischen Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Ich möchte noch eine ergänzende Bemerkung zu diesem Punkt machen. Zu welchen Schlußfolgerungen wir hinsichtlich der Größenordnung der Kosten einer solchen Erweiterung für den Haushalt der Gemeinschaft und den der Mitgliedsländer auch kommen mögen, so sollten wir jedoch niemals vergessen, welche Vorteile uns aus der Entwicklung dieser Länder und ihrer Integration in die Europäische Union erwachsen. Wir haben solche Debatten bereits erlebt, insbesondere anlässlich der Erweiterung der Gemeinschaft auf Spanien und Portugal. Heute nun sehen wir, welche Vorteile uns auf beiden Seiten daraus entstanden sind. Wir müssen alles in unserer Macht stehende tun, damit diese Erfahrung sich wiederholt auf der Ebene des Warenverkehrs, der industriellen Zusammenarbeit, der Entwicklung des Agrarsektors, der gegenseitigen Investitionen und natürlich auch der politischen Zusammenarbeit. Wir müssen erreichen, daß die Erweiterung für uns eine ebenso lohnende Investition darstellt wie für die beitriftswilligen Länder.

Ich möchte nun auf einen anderen Aspekt des Problems eingehen, der das Interesse der Länder Mittel- und Osteuropas selbst betrifft. Einige diese Länder lassen zuweilen eine gewisse Ungeduld erkennen, wenn wir diesen Aspekt der Dinge zur Sprache bringen. Sie scheinen versucht zu sein, in dieser Vorgehensweise ein Suchen nach weiteren Vorwänden zu sehen, das dazu dienen soll, ihren Beitritt auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Ich bin der Meinung, daß die Kommission verpflichtet ist, in diesem Bereich so objektiv wie möglich zu sein und dem Parlament, dem Rat, aber auch den betreffenden Ländern unwiderlegbare Fakten und Analysen vorzulegen. Wir müssen die Rolle des Freundes spielen, der die Wahrheit sagt. Und die Wahrheit ist, daß die beitriftswilligen Länder noch einige Schwierigkeiten zu überwinden haben, bevor ihr Beitritt möglich sein wird.

So ist die Kommission derzeit dabei, ein Weißbuch über die Annäherung unserer Rechtsvorschriften im Bereich des Binnenmarktes auszuarbeiten. In den ersten Analysen werden, das ist selbstverständlich, eine Reihe von Divergenzen aufgezeigt. Wir haben es mit Ländern in einem Übergangsstadium zu tun, die von einer zentralisierten Planwirtschaft zu einem System der offenen Marktwirtschaft übergehen. Das Funktionieren einer solchen Wirtschaft ist eine unabdingbare Voraussetzung für ihre Integration in die Europäische Union. Durchaus verständlicherweise haben die betreffenden Länder jedoch gewisse Schwierigkeiten, dahin zu gelangen.

Was ist also zu tun? Passiv abwarten, daß die Reformen durchgeführt werden? Oder diese Länder unvermittelt den Regeln der freien Marktwirtschaft aussetzen, die zwischen uns gelten? Im einen wie im anderen Fall ist meines Erachtens der Mißerfolg vorprogrammiert. Deshalb hat die Kommission vorgeschlagen, diese Maßnahmen im Vorfeld des Beitritts in eine Heranführungsstrategie zu verwandeln. Das Weißbuch, das von der Kommission derzeit ausgearbeitet wird, enthält eine Liste der Maßnahmen, welche die assoziierten Länder vorrangig durchführen müssen, um sich auf den einheitlichen Markt vorzubereiten. Gleichzeitig jedoch, und das ist sehr wichtig, werden wir ihnen dabei helfen. Wir werden hierauf einen Teil der Mittel des PHARE-Programms verwenden. Wir werden sie bei diesen Reformen beraten. Wir werden darauf achten, daß ihre Rechtsvorschriften und ihre Wirtschaftspolitik, da dies ihr Wunsch ist, mit den unseren in Einklang gebracht werden. Es geht also nicht mehr darum, eine Liste von Vorbedingungen aufzustellen, sondern eine dynamische Entwicklung in die Wege zu leiten, bei der wir gemeinsam handeln, um uns einander anzunähern.

Das gleiche gilt für den Bereich der politischen Stabilität. Wie wir wissen, haben diese Länder infolge einer vielschichtigen und zuweilen turbulenten geschichtlichen Entwicklung mit vielfältigen Minderheitsproblemen und zuweilen auch Grenzproblemen zu kämpfen. Der Stabilitätspakt, vorgeschlagen von Frankreich und von der Union übernommen als eine der „gemeinsamen Aktionen“ ihrer Außenpolitik,

wird in hohem Maße dazu beitragen, diese ständigen Spannungen zu verringern. Inzwischen haben bereits mehrere Länder untereinander Abkommen über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit ausgehandelt, oder werden dies demnächst tun. Die Kommission ihrerseits wird diese Bemühungen durch eine Reihe begleitender Maßnahmen unterstützen, deren Ziel die Förderung einer neuen regionalen Zusammenarbeit ist, an der es derzeit unter diesen Ländern mangelt. Das schließt sogar gemeinsame Infrastrukturen bei einigen dieser Länder ein. Auch hier begnügen wir uns nicht damit zu sagen, daß die regionale Stabilität eine Vorbedingung für ihren Beitritt sei, und wir warten nicht ab, daß die Probleme sich von selbst lösen. Wir helfen diesen Ländern im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit ihrer vollen Zustimmung.

Es bleibt das Problem der Sicherheit. Dies ist wahrscheinlich das schwierigste Kapitel. Den Ländern Mittel- und Osteuropas ist es noch nicht gelungen, sich in einer kollektiven Sicherheitsstruktur zusammenzuschließen, selbst wenn sie inzwischen der „Partnerschaft für den Frieden“ der NATO angehören. Die eingeleitete Debatte über die Erweiterung der NATO auf die Länder Osteuropas ist in gewisser Weise das Vorspiel zu einer anderen Debatte, auf die wir uns vorbereiten müssen, der Debatte über die Dimension der Sicherheit in einer erweiterten Gemeinschaft. Wie werden wir den Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur Union und damit ihren potentiellen Beitritt zur WEU in die Wege leiten? Welche praktischen Folgen wird dieser Beitritt für unsere eigene gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben? Wir werden Zeit brauchen, um Lösungen für diese Fragen zu finden. Ich möchte zu diesem Thema zwei Dinge sagen.

Zunächst einmal müssen wir darauf achten, daß zwischen den inzwischen eingeleiteten und parallel zueinander verlaufenden Debatten über die Erweiterung der NATO und die Erweiterung der Union keine Verwirrung und keine Dissonanzen entstehen. Es handelt sich um verschiedene Dinge, obgleich ein faktischer Zusammenhang besteht und auch das sehr heikle Thema unserer eigenen Beziehung zur NATO und darüber hinaus zu den Vereinigten Staaten berührt wird.

Ferner müssen wir stets darauf achten, in diesem Bereich eine vollkommen ausgeglichene Haltung gegenüber unseren wichtigsten Partnern einzunehmen. Ich bin überzeugt, daß ein vertiefter Dialog mit den Amerikanern uns helfen kann, diesen Prozeß richtig zu lenken, damit Sicherheit und Stabilität unseres Kontinents auf optimale Weise gewährleistet werden. Das liegt in ihrem und unserem Interesse. Auf der anderen Seite müssen wir darauf bedacht sein, jegliche negative Auswirkung unserer Haltung auf unsere Beziehungen zu Rußland zu vermeiden.

Europa, die Länder Mittel- und Osteuropas, die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland müssen dahin gelangen, sich über eine neue Architektur der Sicherheit in Europa zu einigen. Das liegt im Interesse aller. Ohne ein solches Gleichgewicht würden wir schlechte Arbeit leisten. Die im Rahmen der Westeuropäischen Union eingeleiteten Arbeiten können uns in dieser Hinsicht eine große Hilfe sein.

Herr Präsident! Ich habe meine Mitteilung auf die Beziehungen der europäischen Union zu den Ländern Mittel- und Osteuropas begrenzt. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir uns von der übrigen Welt abgrenzen und nur auf den Aufbau des großen Europa konzentrieren wollen. Unsere Union ist voller Vertrauen nach außen gewandt, sei es nach dem Mittelmeer, sei es nach Asien und Lateinamerika, nach den Entwicklungsländern und anderen Ländern, nach Rußland, der Ukraine oder den neuen unabhängigen Staaten der Sowjetischen Union. Sie wird auch den transatlantischen Dialog weiterführen.

Wie ich zu Beginn meiner Rede sagte, ist jedoch die Entwicklung unserer Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas von ganz besonderer, von historischer Dringlichkeit.

Dabei kommt dem Parlament eine entscheidende Rolle zu. Nach den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union erteilt das Parlament seine Zustimmung zu jeder Erweiterung. Deshalb muß meines Erachtens sein Beitrag zu diesem großen Projekt darin bestehen, daß es in jedem Stadium des Prozesses voll beteiligt und unterrichtet ist.

Die Länder Mittel- und Osteuropas wenden sich an uns, um Garantien für Stabilität, Frieden und Wohlstand zu erhalten. Die Festigung ihrer neuen Freiheiten und die Stabilisierung ihrer Entwicklung sind sowohl in

ihrem als auch in unserem Interesse. Es wird Schwierigkeiten geben, aber nichts ist unmöglich, wenn wir die Dinge richtig sehen und es uns nicht am politischen Willen fehlt. Manchmal werden wir Traum und Wirklichkeit miteinander in Einklang bringen müssen. Aber, wie Victor Hugo gesagt hat: „Eure Taten sollen stets auch ein wenig Traum enthalten: das ist das Geheimnis einer guten Politik“!

*(Beifall)*